Haushaltsrede Jürgen Creutzmann	Die Linke
Kreistag, Egg.-Leo.,	30.01.2025

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleg*innen,

der Titel der Präsentation der Haushaltseinbringung im November 2024 war: „Die Regierungen kommen und gehen, die Verwaltung bleibt.“ (in) „unsicheren und ungewissen Zeiten.“

Dieser Titel könnte den Menschen im Landkreis Angst vor einer unsicheren Zukunft machen aber ich sage ganz klar. Der Haushalt müsste unter dem Motto stehen: **Solidarisches Miteinander statt sozialer Spaltung!** Natürlich bleibt die Verwaltung bestehen und Regierungen kommen und gehen. Aber wir als Linke bewerten die Kreistagsebene nicht nur als Verwaltungs- sondern natürlich auch als bedeutende Gestaltungskraft.

Bezüglich der Konnexität muss das Land natürlich für die offenen Forderungen aufkommen. Die Verschlechterung der kommunalen Haushalte in Baden-Württemberg von 1,6 Milliarden ist erschreckend und ebenfalls, dass 80 Prozent unserer Landkreise Liquiditätsprobleme haben.

Bei den geplanten Einsparungen fällt der Blick auf die Personalplanung. Es sind keine neuen Stellen für 2025 geplant. Ich nehme an, dass bei den Personalveränderungen bspw. im Integrationsmanagement befristete Verträge nicht verlängert und unbefristet Beschäftigte bspw. in den ASD versetzt werden. Der Sozialetat ist gestiegen, insbesondere bei der Jugend- und Eingliederungshilfe, ebenso die Kosten für die Hilfe zur Pflege, die Freiwilligenleistungen und die Kosten für den Nahverkehr. Auch die erwarteten Kostensteigerungen für das Deutschlandticket werden in der Haushaltseinbringung angesprochen und visualisiert. Weiter wird unsere KARLA, unser neues Landratsamtsgebäude einige Millionen im dreistelligen Bereich benötigen und auch im Abfallwirtschaftsbetrieb werden Kosten steigen und die Energiewende hin zu den Erneuerbaren ist ebenfalls mit Kosten verbunden.

Wir möchten aber nicht, dass ein Weg in Richtung chronische Unterfinanzierung und Mangelverwaltung eingeschlagen wird. Das könnte dazu führen, dass insbesondere die sozialen Verhältnisse vor Ort eben nicht mehr

aktiv gestaltet werden könne und die Bedarfe der Menschen im Landkreis nicht mehr ausreichend bedient werden können.

Ein Sparkurs, insbesondere für Soziales, Energiewende und den Nahverkehr auch im Hinblick auf das soziale Miteinander und den Klimaschutz wäre fatal. Es ist genug Geld da – es ist nur falsch verteilt. Wie könnetn wir nun mehr Geld für die Kommunalfinanzen generieren?

Für die Gemeinden und Städte bräuchten wir, weiter gefasst als die Gewerbesteuer eine Gemeindewirtschaftssteuer. Mit diesem Konzept würden Großverdiener*innen, die selbstständige Tätigkeiten ausüben über eine erhöhte Kreisumlage miterfasst und es wäre dann auch für den Landkreis drin.

Die Vermögenssteuer auf Bundesebene muss wieder eingeführt werden und direkt den Kommunen und Landkreisen zugutekommen. Ab einer Million ein Prozent, ab 50 Millionen, fünf Prozent und ab einer Milliarde 12 Prozent. Eine Vermögenssteuer gab es übrigens unter Kanzler Kohl bis 1997 und der war bekanntlich kein Linker.

Oder wie wäre es mit einer gemeinsamen Kampagne aller Landkreise für den Frieden auf Landkreistagsebene und gegen das Bundes-Sondervermögen für Rüstungs- und Militär von 100 Milliarden?

Zeiten können nicht unsicher sein. Menschen können sich aber unsicher fühlen zu einer Zeit. Aber alle gefühlte Unsicherheit, ist soziale Unsicherheit die mit dem Abbau der kommunalen Daseinsvorsorge wächst. Leider wird auch die gestern im Bundestag beschlossene unsägliche Asylverschärfung zur Spaltung der Gesellschaft beitragen. Wir setzen uns weiter für ein solidarisches Miteinander statt sozialer Spaltung ein!

Im vorgelegten Haushalt ist leider zu wenig für viele Menschen, insbesondere für solche ohne dicken Geldbeutel drin. Daher kann ich und damit die Linke hier im Kreistag dem Haushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!